



Auf dem Gemeindegebiet von Burgsalach (im Hintergrund) produzieren seit Herbst zwei große Photovoltaikanlagen elektrische Energie. Betrieben werden sie von der 345 Mitglieder zählenden Bürgerenergie-Genossenschaft sowie von der Gemeinde Burgsalach, sodass auch die Wertschöpfung aus der regenerativen Energieerzeugung vor Ort bleibt.

Mit der Bürgerenergie bleibt das Geld vor Ort

ENERGIEWENDE Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger besuchte das Vorbildprojekt der Genossenschaft und der Gemeinde Burgsalach.

BURGSALACH - Die neue Photovoltaik-anlage zwischen Burgsalach und Oberhochstatt ist ein Paradebeispiel dafür, wie die erneuerbaren Energien gewinnbringend vor allem für die Bürger vor Ort entwickelt werden können. Die Bürgerenergie-Genossenschaft Burgsalach wie die Gemeinde Burgsalach sind deshalb für den bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger ein beispielhaft guter Mitstreiter und „Gestalter im Team Energiewende Bayern“, wie er beim Besuch auf dem Weißenburger Jura deutlich machte. Sein Ministerium sieht in der Bürgerbeteiligung auch den Schlüssel, die Bevölkerung mitzunehmen auf dem Weg zur Energiewende. Zum einen steigt die Akzeptanz für die Anlagen vor der eigenen Haustüre, zum anderen bleiben auch die Erlöse vor Ort.

Die Bürgerenergie in Burgsalach betreibt seit verganginem Jahr eine Freiflächen-Photovoltaik mit einer Leistung von 10 000 Kilowattpeak, 435 Genossen investierten über ihren Zusammenschluss rund drei Millionen Euro. Nebenan hat die Gemeinde eine weitere Anlage mit rund 7000 kWp Leistung stehen. „Die einen investierten direkt über die Genossenschaft, die anderen Bürger tun das über die Gemeinde“, verdeutlicht Bürgermeister Volker Satzinger und Projektentwickler Johannes Riegel die Beteiligungsmöglichkeiten und Verankerung vor Ort.

Beides ist für Aiwanger ein „Vorbild für viele andere“. Es sei der richtige Weg, die Bürger an den Anlagen zu beteiligen. „Die Menschen vor Ort sollen profitieren, nicht irgendein Investor“. Vor über 120 Bürgermeistern, Landräten, Behördenmitarbeitern und Vertretern von kommunalen Energieversorgern empfahl Aiwanger den Bürgermeistern, das Heft nicht aus der Hand zu geben und „die Chancen zu ergreifen, denn die Einspeisevergütung ist durchaus eine Einnahmequelle“.

Die Wertschöpfung vor Ort für die Bürger wie die Kommune ist für den Wirtschaftsminister „ein Kernelement der Kommunalpolitik in den nächsten Jahren“. Ignorieren der Entwicklung helfe hier nicht weiter, denn dann würden andere investieren, die Anlagen bauen und die Einnahmen abschöpfen.

Dass Windkraft, Photovoltaik und Biogas benötigt wird, um die fossilen und klimaschädlichen Brennstoffe

weitgehend aus der Energieerzeugung zu verbannen, steht für den FW-Politiker außer Frage. Nichts hält er von der Maxime, doch zunächst die Dächer im Freistaat mit Photovoltaikmodulen zu belegen anstatt diese auf Äckern aufzuständern. „Wir forcieren die Dächer, aber lassen das andere nicht aus“, beides sei wichtig. Den Vorteil von Flächen-Photovoltaik sah er im oft einfacheren Anschluss an das Stromnetz.

„Mit viel Weitsicht geplant“

Das ist auch bei den beiden Burgsalacher Anlagen der Fall, die bald eine weitere neben sich haben werden. Unweit der PV-Anlagen gibt es ein Umspannwerk, über das auch zwei Windkraftanlagen den erzeugten Strom einspeisen. „So ein Umspannwerk ist wie eine Autobahnauffahrt für die Energiewende“, betonte Johannes Riegel bei der Tagung „Bürgerenergie – Schlüssel zum Ausbau der erneuerbaren Energien vor Ort“ in der Burgsalacher Mehrzweckhalle. Dem Geschäftsführer des Projektentwicklers HEG-Energie zufolge wurde in Burgsalach „mit viel Weitsicht geplant“, nach der Inbetriebnahme

der beiden PV-Anlagen werde nun noch ein Biodiversitäts- und ein Netzzanschlusskonzept erarbeitet. Für die Pflege der beiden eingezäunten Areale sollen Schafe eingesetzt werden.

Die Beweidung mit Schafen und deren Vermarktung könne ein Zusatznutzen für die Flächen-Photovoltaik sein, regte Aiwanger bei der Tagung an. Die Photovoltaikflächen sollten der Tierwelt durch Einzäunung nicht entzogen werden, vielmehr sei eine Steigerung der ökologischen Wertigkeit möglich. „Vielleicht können seitens der Kommunen hier auch Öko-Punkte gesammelt werden.“ Der Minister weiß, dass der Teufel oft im Detail steckt und es die eine einfache Lösung oft nicht gibt. Die Zäune um die Freiflächen-Anlagen seien von den Versicherungen gewollt, würden aber verhindern, dass Wildtiere die Areale durchqueren können. „Für Vögel könnte das auch gut sein, wenn der Fuchs nicht reinkommt und sie in Ruhe brüten können“, beleuchtete Aiwanger die andere Seite der Medaille. „Da sind noch viele Detailthemen zu lösen.“

Grundsätzlich müsse die Entwicklung der erneuerbaren Energien ganzheitlich gedacht werden, sagte Aiwanger. Es gehe um die Bürgerbeteiligung, die Wertschöpfung vor Ort, die Lieferbarkeit der Module und der technischen Einrichtungen, um den Natur- und Landschaftsschutz und um die Sinnhaftigkeit. „Es ist nicht sinnvoll, Rotoren abzuschalten, wenn Wind da ist, nur weil das Netz überlastet ist oder die Energie gerade nicht gebraucht wird.“ Hier sieht Aiwanger neue Möglichkeiten: „Speichern statt abschalten“ ist für ihn die Zukunft. Ferade wird in Alzenau ein neues Speichermedium entwickelt und erforscht.

Auch der Energiemix und die Priorisierung sind für den Minister, Landwirt und Jäger ein Thema hin zu einer möglichst verträglich gestalteten Energiewende. Nach wie vor gilt ein Windrad deutlich effektiver als eine Photovoltaik und diese ist wiederum deutlich besser zu bewerten als eine Agrargasanlage – vor allem weil für Letztere große Anbauflächen für die energieliefernden Pflanzen nötig sind und diese gleichzeitig der Lebensmittelproduktion entzogen

werden. „Da werden dann Pachten bezahlt, die sich andere Landwirte gar nicht mehr leisten können“, beleuchtete Aiwanger einen weiteren Aspekt.

„Neu denken und neu regeln“

„Wir brauchen hier intelligente Konzepte“, konstatierte der praktizierende Landwirt und sah als stellvertretender bayerischer Ministerpräsident auch den Freistaat in der Pflicht. Aktuell ist es nach den Vorgaben des Landesentwicklungsplans noch so, dass auf Vorrangflächen für Windkraft (die deutlich ausgebaut werden soll) keine Photovoltaikanlagen gebaut werden dürfen. „Auch das müssen wir neu denken und neu regeln.“

Auf einem guten Weg bezüglich der erneuerbaren Energien sieht sich der Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. „Wir haben hier schon seit einigen Jahren eine bilanzielle Eigenversorgung bei der elektrischen Energie erreicht“, erläuterte Landrat Manuel Westphal bei der Tagung. Für die Auszeichnung „Gestalter im Team Energiewende Bayern“ gibt es für Westphal kaum einen besseren Ort als Burgsalach – was aus seiner Sicht auch auf den hiesigen Landkreis zutrifft. Über 50 Windkraftanlagen, über 900 Photovoltaikanlagen auf Dächern sowie 51 auf der freien Fläche, 77 Biogasanlagen und 72 Nahwärmenetze seien eine gute Basis. Es gibt im Landkreis zudem ein Klimaschutz-Netzwerk, geplant ist nicht nur ein Regionalwerk für erneuerbare Energien, sondern auch ein digitaler Energienutzungsplan, in dem auch das Potenzial von Wasserstoff und die vorhandene Stromnetz-Infrastruktur erkundet werden soll. „Damit kann es uns gelingen, noch mehr Wertschöpfung in der Region zu halten.“ Der Gemeinde Burgsalach und der Bürgerenergie-Genossenschaft schrieb er ins Stammbuch: „Ihr habt wirklich den richtigen Weg eingeschlagen.“

Bei der Tagung in Burgsalach zeigten die beiden HEG-Geschäftsführer Johannes Riegel und Günther Heidingsfelder im Vortrag „Das Henne-Ei-Problem“ auf, wie eine Kommune die Bürgerenergie erfolgreich gestalten kann. Weiteres Thema war die Genossenschaft als Modell für die Bürgerenergie und die Bürgerenergie Lichtenau als weiteres positives Beispiel für die Beteiligung der Menschen vor Ort.

RAINER HEUBECK



Diskussion mit den Mitgestaltern der Energiewende: Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger besichtigte die Solaranlage, neben der auch ein Windkraft steht, und sprach mit den Projektentwicklern Johannes Riegel (Mitte) und Günther Heidingsfelder, Burgsalachs Bürgermeister Volker Satzinger, dem VG-Vorsitzenden und Bürgermeister Walter Gloßner sowie Regierungspräsidentin Dr. Kerstin Engelhardt-Blum.